

Kanter-Kerseboom, Sabine
Wilhelm, Andree
Söllig, Corinna

Amt für Soziales
Pressestelle
Moderatorin

digitale Teilnahme

Als Gäste

Neumann, Heinrich
Bartel, Wolfgang

Zuhörer
Zuhörer

Protokollführerin

Böttcher, Janine

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Glier, Andreas

CDU

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Owczarek, Andre

LINKE

Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Meyer, Hans-Andreas

Kreissenorenbeauftragter

Hagedorn, Ulrich

Vertreter Wohlfahrtsverbände

Harmel, Ralf

Vorsitzender Pflegekonferenz

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
- 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
- 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets für den Zeitraum vom 01.08.2018 bis 31.12.2021
Vorlage: XIX-0127/2022
7. Jahresbericht des Amtes für Soziales 2021
Vorlage: XIX-0130/2022
8. Managementbericht vom Jobcenter
9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

10. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)
 11. Schließung der Sitzung
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:32 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zudem bittet Frau Eisenbarth die Mitglieder der Ausschusssitzung, sich künftig an die Rückmeldefrist zu halten und Frau Böttcher fristgerecht mitzuteilen, ob Sie an der Sitzung teilnehmen sowie unter der Angabe, ob die Teilnahme digital oder in Präsenz erfolge.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)

Ohne Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Vielfalt und Arbeit vom 08.03.2022 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Der Zuhörer Herr Neumann meldet sich zu Wort und merkt an, dass vor dem Sitzungssaal keine Tagesordnung öffentlich ausgehängt sei. Frau Eisenbarth dankt ihm für den Hinweis. Bei der nächsten Sitzung würde die Tagesordnung vor dem Sitzungssaal ausgehängt sein.

Des Weiteren richtet Herr Neumann Fragen an den Ausschuss, die sich mit seiner Person befassen sowie Fragen die speziell an das Sozialamt gerichtet sind. Frau Eisenbarth bittet Herrn Neumann, er möge sich an seinem Sachbearbeiter wenden oder einen Termin beim Sozialamt vereinbaren, um seine persönlichen Fragen zu klären. Frau Steinbrügge ergänzt, dass Herr Neumann seine

allgemeinen Fragen, für die der Ausschuss zuständig ist, abgeben könne. Diese Fragen würden dann über das Protokoll beantwortet.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau Wagner-Judith bemängelt, dass sie an den Sitzungen mehrerer Gremien teilnehme und ihre Teilnahme mit verschiedenen Fristen an unterschiedliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen rückmelden muss. Sie regt an, die Rückmeldung in der Verwaltung zentral zu erfassen und an die entsprechende Protokollführung weiterzugeben.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Landkreis hat eine Vielzahl an Ausschüssen und Gremien. Für die Koordination und Organisation sind verschiedene Mitarbeiter beauftragt. Die Rückmeldung für die Anwesenheit bzw. Abwesenheit bei der Sitzung, unter der Angabe ob die Teilnahme digital oder in Präsenz wahrgenommen wird, erfolgt an den jeweiligen Organisator oder Organisatorin, von dem/der die Rückmeldefrist erhalten wurde. Eine einzelne Person, die für die Organisation aller Ausschüsse und Gremien zuständig sei, gäbe es nicht. Für den Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit erfolgen die Rückmeldungen bitte fristgerecht an Frau Böttcher.

TOP 6 Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets für den Zeitraum vom 01.08.2018 bis 31.12.2021 Vorlage: XIX-0127/2022

Herr Kuhlmann berichtet über die Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets.

Die Unterlagen sind der Einladung zu entnehmen.

- Einladung TOP 6 Anlage 1 zur Vorlage XIX-0127-2022_Evaluation Sozialticket -
- Einladung TOP 6 Anlage 2 zur Vorlage XIX-0127-2022_Sozialticket Verkaufszahlen -

Ohne weiter Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehende

Kenntnisnahme:

Die Evaluation zur Nutzung des Sozialtickets für den Zeitraum vom 01.08.2018 bis 31.12.2021 wird vom Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit zur Kenntnis genommen.

Frau Wagner-Judith bittet um Erläuterung, wo das 9 Euro-Ticket zu kaufen sei und ob die Käufer darauf hingewiesen würden, dass das 9 Euro-Ticket günstiger sei als das Sozialticket.

Herr Kuhlmann berichtet, dass es zum jetzigen Kenntnisstand noch keine genauen Informationen über den Vertrieb des neuen Tickets gäbe.

Frau Resch-Hoppstock regt an, das Sozialticket während der Dauer des 9 Euro-Tickets auszusetzen. Zudem sei eine Evaluation intensive Fleißarbeit und diese nun eingestellt werden könnte.

Herr Kuhlmann ergänzt, das Sozialticket würde über den Verkehrsverbund Braunschweig vertrieben, diese würden auch das 9 Euro-Ticket vertreiben. Möglich wäre, dass Kunden dort auf das günstigere Ticket hingewiesen werden. Es müssten Gespräche mit dem Verkehrsverbund stattfinden, da das 9 Euro-Ticket deutlich günstiger sei.

Zur Evaluation könnte im Ausschuss vom 22.11.2022 ein kurzer Bericht erfolgen, wie das Sozialticket in der Zeit verkauft wurde.

Frau Christel Seigneur fragt nach, ob die Inhaber der Wolfenbüttel-Card nicht zentral seitens des Amtes für Soziales über die günstigere Alternative des 9 Euro-Tickets informiert werden könnten.

Frau Heintzen beantwortet, dass das Sozialticket nicht monatlich liefere, sondern so lange wie der Leistungsbescheid ausgestellt sei. Die Wolfenbüttel-Card würde immer mit dem neuen Bescheid ausgehändigt. Es müssten alle Kunden angeschrieben werden, die die Wolfenbüttel-Card schon bekommen haben, damit diese werden und auf das günstigere 9 Euro-Ticket hingewiesen werden.

Herr Müller fügt hinzu, dass das 9 Euro-Ticket beim KVG ab dem 20. Mai zu erwerben und ab dem 01. Juni gültig sei. Er regt an, den Erwerb des Sozialtickets beim KVG für die Monaten Juli, August, September einzustellen. Dies würde weniger Verwaltungsarbeit bereiten.

Frau Steinbrügge sagt, dies sei ein pragmatischer Vorschlag und es sollte mit der KVG gesprochen werden.

Anmerkung von der Verwaltung:

*Laut Auskunft der Abteilung Vertrieb der KVG startet am 23.05.2022 der Vorverkauf des 9 Euro-Tickets. Das Ticket wird in einer groß angelegten Aktion beworben und niedrighschwelliger als das Sozialticket in den Verkauf gegeben. So kann es z.B. direkt beim Busfahrer erworben werden. Vor diesem Hintergrund geht die KVG davon aus, dass in der Verkaufsphase des 9 Euro-Tickets keine Sozialtickets von Kunden*innen angefragt würden. Vorsorglich wird der Vertrieb aber Kunden*innen, die das Sozialticket anfragen, regelmäßig auf die kostengünstigere Variante des 9 Euro-Tickets hinweisen.*

TOP 7 Jahresbericht des Amtes für Soziales 2021
Vorlage: XIX-0130/2022

Herr Kuhlmann berichtet über den Jahresbericht.

Die Unterlagen sind der Einladung zu entnehmen.

- Einladung TOP 7 Anlage 1 zur Vorlage XIX-0130-2022_Jahresbericht des Amtes für Soziales -

Ohne weiter Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Jahresbericht des Amtes für Soziales 2021 wird vom Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit zur Kenntnis genommen.

Nach der Präsentation bittet Frau Resch-Hoppstock um Erläuterung inwieweit es erste Zahlen gibt, wie viele Heimbewohner und Heimbewohnerinnen bereits von dem Leistungszuschlag zur Verringerung des Eigenanteils an den Pflegekosten profitieren und wie hoch die daraus resultierende Entlastung des Landkreises ist und ob bereits eine Prognose oder Erfahrungen machbar seien.

Herr Kuhlmann antwortet, dafür sei der Beobachtungszeitraum noch nicht lang genug, es sei aber vorgesehen, diese Zahlen im Jahresbericht 2022 erstmals mit aufzulisten.

Christiane Wagner merkt an, dass für die geringere Teilnahme an den Seniorenkreisen, nicht das Hygienekonzept ursächlich sei, sondern dass viele ältere Leute aus Vorsicht und aus Angst zu Hause geblieben seien.

Herr Müller fragt nach, ob das Land mit der Erstattung der Kostenbeteiligung zu den Leistungen des überörtlichen Trägers im Rückstand sei.

Herr Kuhlmann führt aus, dass die Abrechnung mit dem Land sich derzeit in der Clearing-Phase befindet. Regulär sei Mitte bis Ende August mit dem Eingang etwaiger Nachzahlungen des Landes zu rechnen.

TOP 8 Managementbericht vom Jobcenter

Herr Vogel trägt den Managementbericht vom Jobcenter vor. - Anlage zu TOP 8 -

Nach der Präsentation merkt Herr Müller zur Telefonie ohne Service Center an, dass es zu begrüßen sei, wenn Antragssteller direkt mit den Beratern telefonieren können.

TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Herr Retzki berichtet:

- Sachstand Pflegegrundqualifizierung: Es gab Treffen und es gab eine Selbstorganisation durch Herrn Blömke von der Grotjahn-Stiftung. Herr Blömke habe die Organisation übernommen, der Stiftung läge bereits auch ein älteres Konzept zur Pflegegrundqualifizierung vor, welches nun noch überarbeitet werden müsse. Daran wolle sich auch das Klinikum mit Dozenten beteiligen. Der Landkreis werde dann die Finanzierung bezahlen.
- Sachstand RVZ: beide Gesellschaften (MVZ und RVZ) sind gegründet. Es gab eine erste Gesellschafterversammlung der RVZ gGmbH, hierbei wurde Herr Kubitschke für 2 Jahre zum Geschäftsführer bestellt. Die erste Gesellschafterversammlung des MVZ wird im Mai stattfinden, ebenso wie die zweite Gesellschafterversammlung der RVZ gGmbH. Beim MVZ würde dann die ärztliche Leitung (Frau Prinzing) und die kaufmännische Leitung (Herr Petri) bestellt. Der Antrag auf Zulassung würde fristgerecht beim Zulassungsausschuss eingereicht und die KVN gab die Rückmeldung, dass dies auf positive Resonanz gestoßen sei. Die Raum- und Ausbaupläne in Burgdorf schreiten voran, der Bauantrag ist beim Landkreis gestellt.

Frau Seigneur fragt nach einem Überblick der Finanzierung und wie das Projekt weiter finanziert werden würde

Herr Retzki möchte dies in der nächsten Ausschusssitzung anhand einer Präsentation erläutern.

- Sachstand Inklusion: Ein Kooperationsvertrag wurde mit der Ostfalia abgeschlossen. Zudem gab es die erste Arbeitskreisrunde für die Handlungsfelder vom Handlungsplan Inklusion. Derzeit ginge es in die zweite Phase mit vertieften Aufgaben und in die Workshop-Phase. Geplant sei, dass der zweite Handlungsplan Anfang nächsten Jahres im Kreistag beschlossen werden solle. Ein zweiter Fachtag Inklusion solle im Herbst stattfinden.

Frau Resch-Hoppstock fragt, ob ein Pflegegrundkurs auch über das Jobcenter angeboten werden könne.

Herr Vogel merkt an, was geht wird beigesteuert.

Frau Schlager vom Bildungszentrum berichtet:

- zum Thema Integration, Maßnahmen zur sprachlichen Integration und Unterstützung von Geflüchteten – Anlage 1 zu TOP 9 –

Frau Schlager betont, die Wartezeit für einen Integrationskurs beträgt 8 Monate.

Frau Otte Kotulla fügt hinzu, Flüchtlinge würden sich untereinander austauschen und fragt, ob sich ehrenamtliche Tätige auch austauschen würden?

Frau Schlager antwortet das Forum Integration würde nächstes Jahr wieder stattfinden. Derzeit sei der Austausch der Ehrenamtlichen vor Ort in den Gemeinden wichtig.

Frau Resch-Hoppstock fragt nach, inwieweit ausreichend Lernunterlagen vorhanden seien.

Frau Schlager antwortet, es läge keine Information aus dem Hause vor, dass es einen Engpass gäbe.

Frau Seigneur erkundigt sich, ob und zu welchem Zeitpunkt es Sprachkurse oder eine Sprachschule in Baddeckenstedt angeboten werden könnten.

Frau Schlager fügt an, Baddeckenstedt sei im Blick und es werde geschaut was aktiviert werden könne.

Frau Heintzen hält eine Präsentation vom Bericht Soziales – Anlage 2 zu TOP 9 - um einen Überblick und Ausblick der Leistungsempfänger nach Asylbewerberleistungsgesetz aus der Ukraine zu geben.

Keine offenen Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

TOP 10 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Herr Neumann, regt an, dass der Landkreis auf seiner Homepage die Aufgaben der verschiedenen Gremien und Ausschüsse übersichtlicher auflisten könnte. Somit würden Bürger einfacher erkennen welche Ausschüsse und Gremien für welche Themen zuständig seien und welche Fragen wo gestellt werden können.

Anmerkung von der Verwaltung:

Die Anregung von Herrn Neumann wird geprüft.

Herr Neumann äußert sich zum Beirat für Menschen mit Behinderungen. Da eine ortsübliche Bekanntmachung zur Kreistagssitzung vom 25.04.2022 unterblieben sei, konnte er diese nicht vor der Beschlussfassung zur Besetzung des Behindertenbeirates erreichen und seine Bedenken erst nachträglich äußern. Im neuen Beirat seien Behinderungen psychischer Art nicht in Personen vertreten. Hierdurch sei eine Berichterstattung über diesbezügliche Barrieren nicht gewährleistet. Kommunikative Barrieren würden nicht als solche wahrgenommen und als belästigend, beleidigend oder bedrohlich empfunden. Er fühle sich hierdurch diskriminiert übergangen.

Anmerkung von der Verwaltung:

Die Liste der zu berufenden Mitglieder des 4. Beirates erfolgte auf der Grundlage von Vorschlägen von Selbsthilfeorganisationen, Verbänden, Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Interessenbekundungen Einzelner. Bei der Auswahl der neuen Mitglieder wurde, für jedes Krankheitsbild bzw. für jede Behinderungsart ein Mitglied ausgewählt. Für die Wahl standen von den Interessenten die Angabe der GdB's (Grad der Behinderung) und die Merkzeichen zur Verfügung. Anhand der GdB's und der Merkmale wurde am 18.01.2022 gemeinsam mit Herrn Hornig (ehemaliger Vorsitz des 3. Beirat) die neuen Mitglieder des 4. Beirates ausgewählt. Die jeweiligen Behinderungsarten (geistig, körperlich, seelisch, erblindet, hörgeschädigt, chronisch erkrankt und Eltern von Kindern mit Behinderung) wurden dabei berücksichtigt. Dies bedeutet explizit, dass auch eine Person mit psychischer Beeinträchtigung im 4. Beirat vertreten ist.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth schließt um 20:35 Uhr die Sitzung und verabschiedet sich von den Anwesenden.

Bettina Eisenbarth
(Vorsitzende)

Bernd Retzki
(Dezernent IV)

Janine Böttcher
(Protokollführerin)